

Die digitale Wirtschaft und Innovation

Heutzutage produzieren, kaufen und verkaufen, kommunizieren und unterhalten wir uns in der **digitalen Welt**, aber die EU-Rechtsetzung hält mit dem raschen Wandel nicht Schritt.

Bestehende Hindernisse für den elektronischen Geschäftsverkehr – ob Kennzeichnungsvorschriften, Regulierung der Verkaufsförderung und Online-Präsenz oder unzuverlässige Paketdienste – sollten ausgeräumt werden. EU-Vorschriften sollten dem digitalen Zeitalter angemessen sein, um den elektronischen Handel für jedermann so weit wie möglich zu vereinfachen.



EU-Unternehmen können nicht über den Preis allein mit dem Rest der Welt konkurrieren. Das bedeutet: **Innovation** ist für den Erfolg unerlässlich.

Wir sollten dafür sorgen, dass sich die Forschungs- und Innovationsförderung auf Spitzenleistung konzentriert und dem KMU-Sektor zugänglich ist. Die EU-Rechtsetzung muss flexibel sein und auf neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren – übermäßig normative oder verwirrende Gesetzgebung hindert Unternehmen an der Einführung bahnbrechender Produkte oder Geschäftsmodelle.

Nach Erkenntnis der europäischen Denkfabrik Bruegel stammen nur 17% der weltweit führenden Innovatoren im IKT-Bereich aus der EU, gegenüber 52% aus den USA.²



17%



52%

Reform des Binnenmarktes

Die Europäische Union steht vor der Herausforderung, ein wettbewerbsfähiges Umfeld zu schaffen, das den Bürgern Wohlstand bringt. Wir sehen langsam eine Erholung von der Finanzkrise, aber der Wiederaufschwung wirkt immer noch anfällig, und die Arbeitslosigkeit ist weiterhin zu hoch. In einer zunehmend wettbewerbsorientierten Weltwirtschaft muss Europa seine Position als weltweit größter Handelsblock nutzen, um den Erwartungen von Verbrauchern und Unternehmen gleichermaßen gerecht zu werden.

Neue Technologien transformieren unsere Lebensweise, und die Entwicklung der Online-Wirtschaft versetzt die Menschen mehr denn je in die Lage, über die Grenzen hinweg zu handeln und zu kommunizieren. Wenn wir von den 90% Wachstum, das außerhalb Europas erzeugt wird, profitieren wollen, müssen wir den Einfluss des Binnenmarktes nutzen, um über Abkommen mit unseren wichtigsten Handelspartnern auch unsere eigene Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die jüngsten Ereignisse in unserer Nachbarschaft und die Bedrohung durch den Klimawandel erinnern uns an die Notwendigkeit einer erschwinglichen, sicheren und nachhaltigen Energieversorgung. Wir müssen die Stabilität unserer Finanzsysteme gewährleisten und sicherstellen, dass wir nie wieder von einer Krise wie der letzten erfasst werden.

Man erwartet, dass der Anteil Europas an der weltweiten Wirtschaftsleistung im Laufe der nächsten 15 Jahre um die Hälfte schrumpfen wird. Ganz eindeutig braucht die EU einen dynamischeren, innovativeren und offeneren Binnenmarkt.

Literaturhinweise

- 1 Civic Consulting, 2011. "Consumer market study on the functioning of e-commerce".
- 2 Bruegel, 2012. "New ICT sectors: Platforms for European growth?".
- 3 Booz & Company, Bericht für die Europäische Kommission, 2013. "Benefits of an Integrated European Energy Market".
- 4 Europäische Kommission, 2014. "A policy framework for climate and energy in the period from 2020 up to 2030" (Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030).
- 5 Europäische Kommission, 2012. "The economic impact of the Services Directive: A first assessment following implementation".
- 6 McKinsey, 2013. "Financial Globalisation: Retreat or Reset?".
- 7 AFME, 2013. "The Economic Benefits of High Quality Securitisation to the EU Economy".
- 8 Europäische Kommission, 2013. "Trade: a key source of growth and jobs for the EU"; Eurostat.
- 9 Centre for Economic Policy Research, 2013. "Reducing Transatlantic Barriers to Trade and Investment".
- 10 Europäische Kommission, 2013. "Commission initiatives to cut red tape and reduce regulatory burdens – Questions and Answers" (Initiativen der Kommission für Bürokratieabbau und Verringerung der Regulierungslasten – Fragen und Antworten).
- 11 CBI/Millward Brown, 2014. "Securing a global future for Britain in a reformed EU; Re-shoring within the European Union".

Weitere Informationen erhalten Sie von der britischen Vertretung bei der Europäischen Union: ukrep@fco.gov.uk.

Reform des Binnenmarktes



Foreign & Commonwealth Office

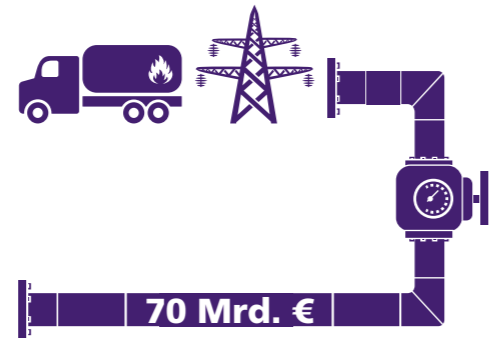
Energiesicherheit und Klimawandel

Verbraucher und Unternehmen fordern eine erschwingliche, sichere und nachhaltige **Energieversorgung**.

Wir müssen den Binnenmarkt für Energie vollenden – durch Investitionen in neue Infrastruktur, wie grenzüberschreitende Verbindungsleitungen, und durch die vollständige Umsetzung des dritten Energiepakets.

Die Entwicklung eines stärker integrierten Energiemarktes könnte die Sicherheit und Effizienz verbessern, indem Gas und Strom dorthin fließen könnten, wo der dringlichste Bedarf besteht...

...und so dann 2030 bis zu 70 Mrd. € pro Jahr einsparen.³



Investoren müssen Gewissheit haben, wenn sie die für die Erfüllung unserer **Energiesicherheits- und Klimaschutzziele** erforderliche Infrastruktur einrichten sollen.

Wir müssen einen ehrgeizigen Klima- und Energierahmen für 2030 vereinbaren, der auf einem einzigen Treibhausgas-Reduktionsziel von mindestens 40% und einem voll funktionsfähigen EU-Emissionshandelsystem aufbaut.



Ein Treibhausgas-Reduktionsziel von mindestens 40% wird es uns ermöglichen, unsere Klimaziele kostengünstig zu erfüllen und dringend benötigte Investitionen in eine kohlenstoffarme Infrastruktur zu mobilisieren.

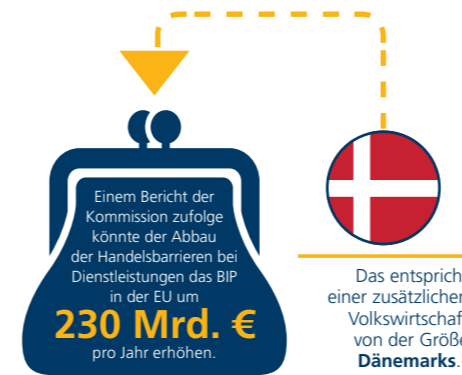


Der Kommission zufolge könnte die Erreichung dieses Ziels unter den richtigen Bedingungen auch dazu führen, dass wir fast 10% weniger Gas als im Jahr 2010 importieren würden, trotz der rückläufigen Versorgung aus konventionellen Quellen in Europa selbst.⁴

Vertiefung des Binnenmarktes und Ausbau des Handels

Der **Binnenmarkt** für Waren und Dienstleistungen ist die Lokomotive der europäischen Wirtschaft, aber es halten sich noch immer Schranken, die den einfachen Handel über die Grenzen hinweg erschweren, insbesondere im Dienstleistungssektor.

In den nächsten 18 Monaten sollte die Kommission gezielte Rechtsvorschriften unterbreiten, um – angefangen mit dem Bau- und Unternehmensdienstleistungssektor – die verbleibenden Hindernisse zu beseitigen.



Die EZB, die Kommission und eine Reihe von Mitgliedstaaten fordern Maßnahmen zur Förderung einer transparenten und gut regulierten Verbriefung. Dies könnte weitere

Europa lässt eine der tiefsten **Finanzkrisen** seit Jahrzehnten hinter sich, aber viele Länder kämpfen noch immer mit hohen Schulden, hoher Arbeitslosigkeit und schwachem Wachstum.



für die nachhaltige, langfristige Finanzierung der Wirtschaft freisetzen – wesentlich für den Einsatz von Mitteln dort, wo sie am stärksten benötigt werden, um die Investitionstätigkeit europäischer Unternehmen zu unterstützen.⁶

Die EU sollte dafür sorgen, dass das Finanzdienstleistungsgewerbe die Realwirtschaft unterstützt – im Rahmen eines stabilen Finanzsystems, das dem Steuerzahler Rettungsaktionen erspart und die bestehenden Hindernisse für den Kreditfluss über die Grenzen hinweg und an KMUs abbaut.



Zur Steigerung unserer Wettbewerbsfähigkeit und im Interesse des Verbrauchers müssen wir den **freien Handel** in den Mittelpunkt stellen. Die EU sollte ehrgeizige Freihandelsabkommen mit den USA und Japan abschließen und Verhandlungen mit China einleiten.

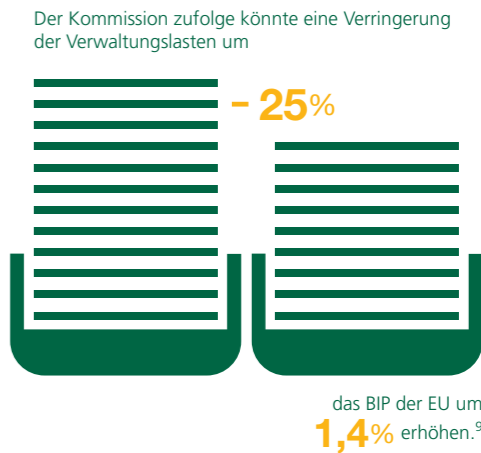
Dem Centre for Economic Policy Research zufolge⁸ hätte die TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) größeren Effekt als alle anderen aktuellen Handelsabkommen zusammen – für die europäischen Privathaushalte ein Plus von



Bessere Rechtsetzung

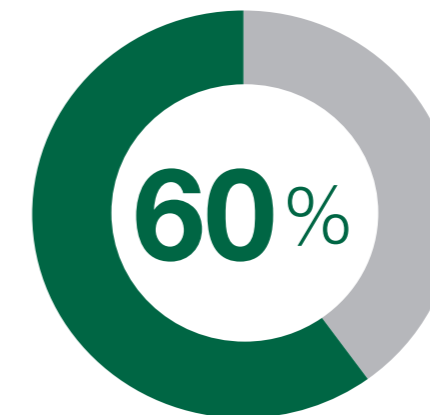
Die **Rechtsetzung** untermauert den Binnenmarkt und schützt Verbraucher und Umwelt, aber Unternehmen müssen in der Lage sein, Arbeitsplätze zu schaffen, ohne dabei übermäßig belastet zu werden. Wettbewerbsunfähige Unternehmen bedeuten höhere Preise für den Verbraucher und Marktverluste an internationale Wettbewerber.

Die neue Kommission sollte sich ein Ziel für den Abbau bürokratischer Hindernisse setzen, um den Verwaltungs- und Erfüllungsaufwand für Unternehmen zu reduzieren.



Der Gesetzgebung mangelt es zu oft an einem vollen Verständnis der voraussichtlichen **Auswirkungen auf Unternehmen und Verbraucher**; selbst ob Maßnahmen auf EU-Ebene unbedingt erforderlich sind, wird nicht immer voll und ganz begriffen.

Bevor neue Legislativvorschläge unterbreitet werden, sollte die Kommission sinnvolle Konsultationen auf Basis eines Folgenabschätzungsentwurfs durchführen. Es sollte ein einziger, unabhängiger Folgenabschätzungsrat eingesetzt werden, um Folgenabschätzungen zu beurteilen, bevor Vorschläge angenommen werden, und dann erneut, wenn ein Vorschlag im Zuge der Verhandlungen deutlich abgeändert worden ist.



Unter einer verbesserten EU-Rechtsetzung wären laut CBI 60% der befragten Unternehmen eher zu einer Rückverlagerung ihrer Tätigkeit geneigt.¹⁰